Fachbereich Bürgerservice und zentrale Dienste

Az.:	022.31
Sachbearbeiter/in	Frau Baur
Datum:	15.07.2025

MARXZELL
natürlich lebendig

Vorlage 08/2025 zur öffentlichen Sitzung des OR Burbach am Donnerstag, 24. Juli 2025

TOP-Nr.: 6
Information zur Ausrichtung der Ortsverwaltungen und des Bürgerservice in den Ortsteilen Burbach und Schielberg – Auswertung zu den erhobenen Fallzahlen

Sachverhalt:

Der Gemeinderat der Gemeinde Marxzell hat sich auf Grundlage eines Antrages nach § (34(1) S.4. der Gemeindeordnung für Baden – Württemberg aus der Mitte des Gemeinderates in seiner Sitzung am 22. April 2024 darüber beraten, wie eine Neuausrichtung der Ortsverwaltungen und des Bürgerservice in den Ortsteilen Burbach und Schielberg ausgerichtet werden könnte.

Dabei wurden folgende Unterpunkte beraten und wie folgt Beschluss gefasst:

a) Neuausrichtung der Ortsverwaltung und des Bürgerservice in den Ortsteilen Burbach und Schielberg

Gefasster Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, in den Ortsverwaltungen Fallzahlen bis zum 31.10.2024 zu erheben, um danach über eine Neuausrichtung der Öffnungszeiten und eine Verbesserung des Dienstleitungsangebotes beraten zu können. Im November werden die Ergebnisse dem Gemeinderat vorgestellt.
Abstimmungsergebnis:
17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

b) Betrieb eines Ortsbüros und eines Bürger-/Versammlungssaals

Gefasster Beschluss:

Die Verwaltung ermittelt die Raumbedarfe und bringt das Ergebnis in der Novembersitzung in das Gremium ein.
Abstimmungsergebnis:
18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

Nach Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen 2024 war es möglich, über einen Zeitraum von Juli 2024 bis einschließlich Oktober 2024 Fallzahlen zu den Aufgabenbereichen des Bürgerbüros und den Ortsverwaltungen zu erheben. Die Auswertung liegen in der Anlage als „Ausgangslage für eine mögliche Neukonzipierung der Ortsverwaltungen Burbach und Schielberg“ inkl. Erläuterungen der Verwaltung bei.

Die Anlage wurde verwaltungsintern unter Hinzuziehung aller Ortsvorsteher vorbesprochen. Die Beschäftigten auf den jeweiligen Stellen haben die Fallzahlen im Untersuchungszeitraum erhoben und in gemeinsamen Gesprächen ihre Einschätzung abgegeben.

Die Anlage wird in der Sitzung vorgestellt.

Zu a) des Antrages

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Ortsverwaltungen der Teilortschaften Burbach und Schielberg eine sehr gute Auslastung haben. Hochgerechnet auf das Gesamtjahr bedeutet dies, dass der Erhalt der Ortsverwaltungen als öffentliche Einrichtungen von Marxzell ganzjährig fortbestehen sollen. Die Verwaltung geht hier von einem mindestens mittelfristigen anhaltenden Bedarf der nächsten 5 bis 15 Jahre aus.

Untersucht werden sollte im Rahmen einer Organisationsuntersuchung, ob die vorhandene Personalstärke den tatsächlichen Bedarfen entspricht. Bei vier zu berücksichtigenden Beschäftigten ergeben sich auf das Kalenderjahr

(30 Urlaubstage*4) + (~12 Krankheitstage*4) + (2*4 Fortbildungstage) + (5*4 Zeitausgleichstage) = 184 Arbeitstage, an denen Stellen nicht oder unzureichend besetzt sind.

Bei 251 Arbeitstagen im Jahr entspricht dies erforderlichen 73 % einer Vollzeitkraft für eine umfängliche Aufrechterhaltung des Jahresbetriebes.

An den Tagen, wo dies zur Schließung der Ortsverwaltungen führt oder zu einer Reduzierung des Personals wegen Aufrechterhaltung des Betriebes in der Hauptverwaltung, ist ein Angebot in der Ortschaft nicht vorhanden und gleichzeitig eine erhöhte Anfrage in Pfaffenrot auszumachen.

Da in Pfaffenrot dieselben Personen auch das Standesamt mit vielen datenschutzrechtlichen und zeitintensiven Aufgaben bearbeiten, können die Dienstleistungen für das Standesamt nicht zeitgleich zu den auch für das Standesamt gültigen Öffnungszeiten angeboten werden. Die Bürgerbüroarbeiten haben am „Behördennachmittag“ Vorrang, was sich im Anschluss auf die Anfragen und Aufgabenerledigungen im Standesamt auf die anderen Wochentage zeitlich benachteiligt auswirkt.

Bzgl. der Öffnungszeiten hat Schielberg in der Zwischenzeit an einem weiteren Tag (Dienstagvormittag) für die Bevölkerung in der Zeit von 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr wieder geöffnet. Dies wurde von der Bürgermeisterin bereits vor Monaten schon genehmigt und vollzogen. Das Angebot konnte so nach der Pandemie wieder auf das vorherige Maß optimiert werden.

Um das Angebot am Nachmittag zu erhöhen, gebe es die Möglichkeit, in Burbach statt dem Donnerstagnachmittag den Dienstagnachmittag ersetzend anzubieten. So hätte die Einwohnerschaft die Möglichkeit an zwei Nachmittagen Bürgerbürodienstleistungen ohne vorherige Terminbuchung wahrzunehmen. Eingebracht wird andererseits, dass der „Behördendonnerstag“ in den Ortsteilen sehr gut angenommen wird und zumindest in der Phase der Umorientierung, dies zu einem Mehraufwand in Pfaffenrot an den Donnerstagen führen könnte. Im Ortschaftsrat Burbach sollte die Änderung der Öffnungszeiten am Nachmittag vorbesprochen werden. Auf dieser Empfehlung könnte die zuständige Bürgermeisterin die Öffnungszeiten anpassen (gerne auch erstmal versuchsweise über einen Probezeitraum).

Zu b) des Antrages

Da Ortsvorsteher und Ortschaftsräte Möglichkeiten zur Ausübung Ihres Amtes auf der Gemarkung der Ortschaft einzuräumen sind, wäre bei Zielsetzungen zu a) anderen Nutzungen für das Gebäude b) Veräußerung von Gebäuden c) städtebauliche Neuordnung der Gebäude und Freiflächen in der Zukunft in den Planungen hierzu zu berücksichtigen.

Nachdem die Verwaltung aufgrund der Auswertungen davon ausgeht, dass die sehr gute Inanspruchnahme der Ortsverwaltungen weiter fortbesteht, wird dieser Teil des Antrages erst dann näher zu untersuchen sein, wenn

a) die Haushaltslage dies zwingend zur Konsolidierung erfordert,
b) eine städtebauliche Entwicklung mit neuen Zielsetzungen einen messbaren langfristigen Mehrwert für die Ortschaft / Gesamtgemeinde einbringt,
c) der Personalmangel sich so stark erhöhen würde, dass gesetzliche Pflichtaufgaben nicht innerhalb gesetzter Fristen erfüllbar wären
d) die Digitalisierung und Einsatz von KI so positiv optimiert werden, dass Bürgerbüroaufgaben im Rahmen einer „Ende zu Ende Digitalisierung“ eine „Vorsprache auf dem Amt“ erübrigt.

Die Verwaltung empfiehlt,

a) in 2027 im ersten Quartal nochmals eine Fallzahlenerhebung als Vergleichswerte vorzunehmen,
b) die weitere Entwicklung des Bürokratieabbaus und Digitalisierungsaufbaus zu beobachten und allgemeine Entwicklungen in den öffentlichen Verwaltungen einfließen zu lassen.
c) Angebote für eine Personalbedarfsbemessung einzuholen für den Haushalt 2026.

Alle drei Ortschaftsräte werden vor der Sitzung gehört. Die Ortsvorsteher können in der Gemeinderatsitzung hierzu berichten.

Der Ortschaftsrat empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen und Ergebnisse zu den Auslastungen und Inanspruchnahme der Ortsverwaltungen Burbach und Schielberg zu Kenntnis.
2. Der Gemeinderat nimmt die gegenseitigen Unterstützungen sowie die Auswirkungen auf das Betriebsgeschehen der Gesamtverwaltung zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Quartal 2027 eine weitere Fallzahlenerhebung durchzuführen und das Ergebnis dem Gemeinderat mitzuteilen.

gez. Jürgen Mäurer
Ortsvorsteher

gez. Stephan Hirth
Fachbereichsleiter
Bürgerservice und zentrale Dienste